

**„Europa als Schicksalsgemeinschaft? Vom  
politischen Nutzen der Geschichte“**

**Keynote von Prof. Dr. Sir Christopher Clark**

**Regius Professor of History an der University of Cambridge**

**Symposium „Schicksalsgemeinschaft – Verlorener Frieden in Europa“**

**8. Oktober 2024, Mediocampus Villa Ida in Leipzig**

***Redaktionell bearbeitete Transkription des Vortrages.***

***Es gilt das gesprochene Wort.***

Meine Damen und Herren, es geht heute um Europa als Schicksalsgemeinschaft.

Und das ist natürlich ein Titel, der gleichzeitig in die Zukunft und in die Vergangenheit schaut.

Handelt es sich um das Schicksal, das Europa als politischer Union bevorsteht?

Oder geht es um die Frage, durch welche Schicksale, also durch welche gemeinsamen Erlebnisse und Herausforderungen Europa zu dem wurde, was es heute ist?

Diese Janusköpfigkeit der Wahrnehmung nach hinten und nach vorne gleichzeitig ist wichtig, weil sie auf den Zusammenhang zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hinweist, über den ich heute ein bisschen nachdenken möchte.

Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. So lautet der Slogan der schattenhaften totalitären Behörde, die die furchterregende Welt in George Orwells dystopischem Roman 1984 kontrolliert.

Dieser Slogan wird oft als Warnung vor der Veränderlichkeit der Geschichte, vor ihrer Manipulierbarkeit angeführt.

Ich denke an den russischen Witz, und das ist in der Tat meines Erachtens ein guter Witz. Es ist aufregend, Historiker in der Sowjetunion zu sein, weil die Vergangenheit so unberechenbar ist.

Man könnte Orwells Slogan aber auch anders lesen, nämlich als Erinnerung an die Bedeutung der Vergangenheit selbst, der Geschichte selbst.

Denn wenn die Vergangenheit, wenn die Geschichte keine Rolle als prägende Kraft in der Gegenwart spielt, warum haben dann die totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts so enorme Anstrengungen unternommen, um sie zu manipulieren oder selektiv auszulöschen.

Also die Mächtigen wissen um die Bedeutung von Geschichte.

Sonst würden sie nicht so viel Mühe in die Herstellung von brauchbaren historischen Narrativen investieren.

In den letzten 10 oder 15 Jahren, das haben Sie sicherlich alle schon gemerkt, hat es vor historischen Vergleichen und Gleichstellungen gerade so gewimmelt. Der Appetit unter den Politikern auf den vergleichenden Blick in die Vergangenheit war nie so stark.

Das mag vielleicht unter anderem mit der Tatsache zusammenhängen, dass wir uns in einer Zeit des Umbruchs und der Krise befinden.

In einem polemischen Aufsatz, „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“, hat Marx die These aufgestellt, Krisenzeiten seien besonders anfällig dafür, in den Bann der Geschichte zu geraten, da die Menschen in Situationen der extremen Unsicherheit gerne die Geister der Toten als Begleitung in Anspruch nehmen.

Naja, was auch immer dahinter steht, in schwierigen Zeiten werden auch die Politiker zu Historikern.

Niemand arbeitet erfindungsreicher im Lagerhaus der historischen Beispiele als Wladimir Putin.

Er war es, der im Jahre 2014 vor dem Hintergrund der ersten russischen Invasion der Ukraine den Nicht-Angriffspakt zwischen Hitler und Stalin zu rehabilitieren versuchte.

Das hing aufs Engste mit anderen Bemühungen der russischen Führung zusammen, die Idee einer Teilung Osteuropas zwischen Russland und dem Westen wieder salonfähig zu machen.

Im März 2014 hatte das russische Parlament dem polnischen Außenministerium sogar vorgeschlagen, die zwei Länder, also Polen und Russland, sollten vielleicht die Ukraine unter sich aufteilen. Der Vorschlag wurde in Warschau natürlich nicht ernst genommen.

Seitdem sind Herrn Putin auch andere historische Vergleiche eingefallen.

Peter der Große sei sein historisches Modell, sagte er bei einem Treffen 2022 mit jungen Naturwissenschaftlerinnen und Unternehmer und Unternehmerinnen. Über

zwei Jahrzehnte habe Peter der Große mit Schweden einen erbitterten Kampf um Land geführt. Und damit das russische Reich neu gegründet.

Niemand, so Putin, habe damals sein Recht auf diese Territorialgewinne anerkannt und es waren sowieso keine Eroberungen, sondern nur Rückeroberungen. Uns sei es vielleicht auch zugefallen, fügte er schmunzelnd hinzu, er schmunzelt überhaupt sehr gerne, uns sei es vielleicht auch zugefallen, zu reklamieren und zu verstärken.

Auch der große vaterländische Krieg gegen Nazi-Deutschland ist omnipräsent als historischer Bezugspunkt in seinen Diskursen.

Nicht nur in der Behauptung, die heutige Ukraine sei nichts anderes als ein Nest von Neonazis, sondern auch in der sonderbaren Formel, „Mojem pafarit“, wir schaffen es wieder.

Es geht bei diesen Analogien nicht nur um vereinzelte handlungslegitimierende Gleichsetzungen. Es geht ja vor allem im russischen Fall um das ganze Ensemble historischer Angleichungen, durch welche die öffentliche Perzeption der politischen Lage eingerahmt und gelenkt werden soll.

Die Wissenschaftlerin Jade McGlynn hat in einer Analyse von sieben russischen Nachrichtenquellen während des Ukrainer Konflikts 2014 nicht weniger als 3.509 Individual Historical Framing Conflations, historisch einrahmende Einzelgleichstellungen, identifiziert.

Und wichtig an diesen historischen Gleichstellungen sei die Tatsache, so McGlynn, dass sie nicht nur einen Schlüssel zur Interpretation der Gegenwart anbieten sollten, sondern Hinweise darauf, wie die heutige Situation sich weiterentwickeln muss.

Wenn die Ukrainer Nazis und Banderovzy sind, wie Putin oft behauptet, dann kann der heutige Kampf nur mit der vollkommenen Beseitigung des faschistischen Widerstands, ja mit einer Wiederholung des großen Sieges vom Jahre 1945 enden.

Daher die Bedeutung der Formel „Mojem pafarit“.

So lädt auch der neuere Selbstvergleich mit Peter dem Großen uns ein über die Möglichkeit, ja sogar die Notwendigkeit eines längerfristigen Kampfes - der Kampf Peters mit den Schweden hat über mehr als ein Jahrzehnt gedauert - um die benachbarten Westgebiete nachzudenken. Entschuldigung: Die Notwendigkeit eines längerfristigen Kampfes um die benachbarten Westgebiete nachzudenken. Eine Aussicht, die vor allem verständlicherweise die baltischen Staaten und Finnland nachdenklich stimmt.

Man soll die Systematik, die hinter diesem Geräuschteppich von historischen Manipulationen steckt, nicht unterschätzen.

Und das sind natürlich nicht Vergleiche im wissenschaftlichen Sinne, wo man sagt, also einerseits ist diese Situation aus der Vergangenheit ähnlich, ähnelt es der heutigen Situation, in anderen Hinsichten vielleicht doch nicht und so weiter, sondern das sind unehrliche Manipulationen, Gleichstellung, Konflationen von zwei sehr unterschiedlichen Situationen, um ein manipulatives Ziel zu erreichen.

Diese Vorliebe für manipulative historische Gleichstellung findet man auch bei populistischen Politikern in westlichen Demokratien.

Im Ungarn, wir haben schon ein bisschen von Orbán gehört, aber im Ungarn Viktor Orbáns wurden immense Anstrengungen unternommen, um das nationale Gedächtnis der Ungarn durch Museen, Denkmäler - es ist wirklich erstaunlich, wie viel dort investiert worden ist - Schulbücher, Medienkontrolle, das Verbot abweichender Diskurse und sogar durch die Sprache der Verfassung des Landes neu zu gestalten.

Und Boris Johnson, man will die eigenen nicht ganz außer Acht lassen.

Boris Johnson verstand sich niemals nur als Staatsmann und Politiker, sondern auch als Historiker. Er ist nämlich der Autor einer Biografie über Winston Churchill.

Da sieht man das Buch, „The Churchill Factor“, Untertitel „How One Man Made History“, wie ein Mann Geschichte schrieb.

In der er eine erstaunliche Entdeckung machte - Boris Johnson nämlich - nämlich dass Winston Churchill und Boris Johnson tatsächlich ein und dieselbe Person sind.

Um zu beleuchten, wie heutige nationalistische Perspektiven unsere Wahrnehmung der Vergangenheit prägen, lassen Sie mich nun kurz auf zwei historische Momente eingehen, an denen ich selbst ein bisschen gearbeitet habe, nämlich die Revolutionen von 1848 und den Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Eine Umwälzung, einzigartig, zumindest in der europäischen Geschichte.

Keine andere Umwälzung, keine andere Revolution auf dem Kontinent hat eine derartige Kaskade von Tumulten ausgelöst.

Im Jahr 1848 brachen auf dem gesamten Kontinent von Spanien und Portugal bis zur Walachei und Moldau, von Norwegen, Dänemark und Schweden bis nach Palermo und den Ionischen Inseln, damals unter britischer Herrschaft, parallele politische Unruhen aus.

Und auf dem gesamten Kontinent entwickelten die Bewegungen, die das alte Regime herausforderten, ob radikal, demokratisch oder liberal, sie waren natürlich sehr unterschiedlich, sehr polyvokal, auffallend ähnliche Forderungskataloge und Ziele.

Schaut man sich die europäische Presse in den letzten Wochen vor dem Ausbruch der Revolutionen an, merkt man sofort den europäischen Horizont der Berichterstattung und der Wahrnehmung.

Für die Journalisten der Pariser Zeitungen im Frühjahr 1848, ich meine jetzt vor dem Ausbruch der Februarrevolution jenes Jahres, war klar, dass die Infragestellung der Autorität und der Macht ein transnationales Phänomen war.

Europäer seien Teil, so die Leitartikler, einer gemeinsamen politischen Kultur.

Ob sie nun ihrem Wesen nach konstitutionell, konsultativ oder absolutistisch seien, sämtliche europäische Regierungen würden vor der gleichen drohenden Katastrophe stehen.

Mit anderen Worten, Episoden des Konflikts und der politischen Unruhen im Ausland wurden nicht einzeln als isolierte, zufällige Missgeschicke angesehen, sondern als Teile einer miteinander verknüpften Unordnung.

Dies war die einzig wirklich europäische Revolution, die es jemals gab. Und die Leute dachten damals, habe ich manchmal den Eindruck, europäischer, als wir das heute tun.

Und doch haben bis vor kurzem nationale, regionale und kommunale Darstellungen unser Verständnis dieser Revolution dominiert. Nur relativ wenige Werke bieten einen Überblick über die Revolution als transkontinentales Ereignis und dafür gibt es gute Gründe.

Die Revolution war in der Tat ein sehr verstreutes Ereignis mit einer entsprechend fragmentierten Quellenbasis. Kein einzelner Historiker oder keine einzelne Historikerin könnte diese Archive alle bewältigen, selbst wenn sie alle erforderlichen Sprachen beherrschen würde.

Ein tieferer Grund ist jedoch ganz einfach: die Macht des Nationalstaats als Mittel zur Gestaltung des historischen Denkens und Erinnerns. Diese Revolutionen wurden europäisch erlebt, aber im Nachhinein wurden sie nationalisiert, da die Historiker der Nationen sie in spezifische nationale Narrative aufnahmen.

Und damit geriet die Europäische Revolution 1848-49 aus dem Blickfeld. Sie wurde nicht mehr sichtbar.

Die deutschen Revolutionen wurden in die Erzählung vom Sonderweg hineingesaugt. Das vermeintliche Scheitern der deutschen Revolution wurde als Grund für den verhängnisvollen Weg der Nation bis 1933 angesehen.

Die Revolution von 1848 in Frankreich wurde zu einer Lehrstunde für den modernen französischen Republikanismus.

Die italienischen Revolutionen wurden in das italienische Risorgimento integriert. Noch heute wird die Erinnerung an 1948 in vielen italienischen Städten gepflegt.

Auch die Walachische Revolution - das ist ein Teil des heutigen Rumäniens - wurde in die Geschichte der Entstehung eines rumänischen Nationalstaats aufgenommen, obwohl der rumänische Nationalismus nur lose etwas zu tun hatte mit dieser Revolution und es damals überhaupt keinen rumänischen Nationalstaat gab. Es gab eine rumänische politische Elite, aber es gab keinen Nationalstaat.

In seinen jährlichen Reden zum Gedenken an die ungarische Märzrevolution von 1848 vergleicht Viktor Orbán regelmäßig Brüssel und die Europäische Union mit dem österreichischen Kaiserreich von 1848. So sieht er den Vergleich. Und er vergleicht die Freiheitskämpfer der Revolution mit den ungarischen Nationalisten seiner eigenen Partei.

Diese nationale Aufsplitterung der Erzählungen hilft zu erklären, warum es den Entscheidungsträgern des heutigen Europas scheinbar so schwerfiel, während des Jahrestages vom großen Revolutionsjahr, sich darüber zu einigen, wie sie dieser Revolution gemeinsam gedenken sollten.

Wer die Geschichte als Feuerstelle nutzen möchte, um die Hände der Nation zu wärmen, wie Viktor Orbán, wird die Komplexität der Vergangenheit immer wieder ausklammern wollen.

Was Viktor Orbán in seinen Märzreden zum Beispiel nie erwähnt, ist die Tatsache, dass die Ungarn in ihrem nationalen Kampf 1848-49 gegen Österreich auch deswegen gescheitert sind, weil die nicht-magyarischen Völker im Königreich Ungarn auch nicht willens waren, in einen ungarischen Nationalstaat hineingezogen zu werden. Eben das wird immer ausgeblendet.

Gerade jene nationalen Leidenschaften, die Kossuth und Semere und Batthyány und andere Anführer - das sind in der Tat herrliche Gestalten, wenn man sie sozusagen dort lässt, wo sie hingehören, nämlich im 19. Jahrhundert - diese patriotischen Leidenschaften, die sie vorangetrieben haben, haben auch die anti-ungarischen Freikorps der Kroaten, der Serben und Rumänen besät. Und sie haben natürlich an

der Seite Österreichs dann gegen Ungarn gekämpft. Sie sind gegen Ungarn ins Feld gezogen.

Ich komme nun auf 1914 und den Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Und hier haben wir es mit einem viel brisanteren Präzedenzfall als der 1848er Revolution zu tun.

Durch den Jahrestag 2014 und natürlich auch dank der Ängste, die in den letzten Jahren durch die Aggressionen Russlands entstanden sind, ist 1914 wieder in unsere Gegenwart gerutscht. Was uns übrigens auf die merkwürdige Tatsache hinweist, dass die Geschichte nicht nur gradlinig abläuft. Es gibt eben Momente, wo eine als abgeschlossen geltende Vergangenheit wieder in unsere Nähe gerückt wird.

Ich fange an mit einem britischen Beispiel. In den ersten Tagen des Jahres 2014 kam in Großbritannien eine Debatte über den Ursprung des Ersten Weltkriegs auf. Es handelte sich nicht um eine Debatte unter Historikern, vielmehr diskutierten Politiker miteinander.

Der damalige Bildungsminister Michael Gove, später Kabinettsminister, meldete sich in diesem Jubiläumsjahr als erster zu Wort. In einem am 2. Januar veröffentlichten Beitrag für das rechte Boulevardblatt Daily Mail stellte Gove eine bizarre Frage.

Warum legt die Linke so großen Wert darauf, echte britische Helden schlecht zu machen? Why does the left insist on belittling true British heroes? Die Helden, um die es ging, waren natürlich die Soldaten, die im Ersten Weltkrieg in der britischen Armee gekämpft hatten.

Eine Kette linker Mythen habe, so Gove, den wahren Charakter des Krieges verschleiert, Großbritannien herabgesetzt und Deutschland von der Schuld freigesprochen. Das sei alles die Arbeit der Linken. Verbreitet wurde der Mythos Gove zufolge unter anderem von der BBC-Sitcom Blackadder.

Also verbreitet wurde der Mythos durch diese Serie, eine ganz herrliche Komödie natürlich, deren letzte Episoden den Schützengrabenkrieg als eine grausame und letztlich sinnlose Tortur darstellten.

Doch sein Hauptangriffsziel, Goves Hauptangriffsziel, waren jene linken Akademiker, so Gove, die angeblich um jeden Preis den Ruhm der britischen Kriegsanstrengungen schmälern wollten, dadurch, dass sie die Alleinschuld der Deutschen infrage stellen würden.

Der Erste Weltkrieg, ich komme jetzt gleich darauf zurück, der Erste Weltkrieg mag ein einzigartig schrecklicher Krieg gewesen sein, aber er sei auch eindeutig ein gerechter Krieg gewesen.

Die Deutschen hätten ihn begonnen und sich gegen sie zu wehren, sei das einzig Vernünftige gewesen. Man dürfe keinesfalls vergessen, fügte Gove hinzu, dass die Freiheit, unsere eigenen Schlussfolgerungen zu diesem Konflikt zu ziehen, eine direkte Konsequenz der Tapferkeit der Männer und Frauen ist, die für Großbritanniens besondere Freiheitstradition kämpften und an sie glaubten. Gove sagte, wir könnten uns nur deswegen frei über dieses Thema austauschen, weil wir damals gewonnen haben gegen das Wilhelminische Reich, das Kaiserreich.

Die Replik auf Goves Vorstoß ließ nicht lange auf sich warten. Tristram Hunt, Shadow Education Secretary, sagte, das sei alles viel komplexer, als Gove gesagt hätte. Wie Michael Gove mit Geschichte umgehe und Geschichte für politischen Aktionismus missbrauche, sei einfach schäbig, hat Hunt geschrieben.

An diesem Punkt hörte man aus dem Dickicht hinter den Kulissen lautes Gurren und Strampeln. Und Boris Johnson erschien - er war damals noch Bürgermeister von London - er trat ins Rampenlicht, um seinen Freund Michael Gove gegen Tristram Hunt in Schutz zu nehmen. Deutschland fing den Ersten Weltkrieg an, schnaubte die Schlagzeile, aber die Linken ertragen es nicht, wenn das gesagt wird. In diesem Jahr des 100. Jubiläums fügte er feierlich hinzu, ist es wichtiger denn je, dass wir die Wahrheit mit Respekt behandeln. Und Johnson fügte hinzu, wenn Tristram Hunt das nicht zugeben will, dann solle er sofort aus allen seinen Ämtern geschasst werden.

Ein prominenter britischer Konservativer erklärte hier in aller Öffentlichkeit, dass das Versäumnis eines politischen Gegners, die Fischer-Kriegsschuld-These zu billigen, seine Entfernung aus allen Ämtern nach sich ziehen müsse.

Johnsons Artikel erschien, man beachte, am 6. Januar 2014. Das Jubiläumsjahr war noch keine Woche alt und schon hatten die Politiker den Ersten Weltkrieg in Beschlag genommen. So begann die Debatte um 1914 in den ersten Tagen des Jubiläumsjahres.

In Großbritannien wurden Fragen nach dem, was im Jahr 1914 wirklich geschehen war, mit Fragen nach der britischen Identität verknüpft. Jede Äußerung, welche die deutsche Kriegsschuld relativierte, und sei es auch nur minimal, wurde prompt als linkes Unterfangen diffamiert, dessen Ziel es sei, nationale Gewissheiten zu untergraben.

Sogar die behutsame Parodie der BBC Comedy Blackadder, die in Wirklichkeit größten Respekt vor dem Leid und den Opfern der gewöhnlichen Soldaten bewies, die in den Konflikt geraten waren, konnte von Michael Gove zu einem Angriff auf die nationale Selbstachtung und Ehre aufgebläht werden.

Es war selbstverständlich lächerlich zu behaupten, dass Großbritannien im Jahr 1914, wie Gove behauptete, für Demokratie und Freiheit gekämpft hätte.

Galt das etwa für die bengalischen Ulanen, die natürlich keine Vorzüge der Demokratie genossen, oder für die nepalesischen Gurkhas, die an der Westfront ebenfalls kämpften? Oder für die chinesischen und Zulu-Arbeiter, die sich in den Nachschublinien zu Tode schufteten? Oder galt es gar für die russischen Verbündeten Großbritanniens, die für die zaristische Autokratie kämpften, nicht für die Freiheit und nicht für die Demokratie?

Das Vereinigte Königreich kämpfte wie jede andere Macht darum, seine Stellung in der Welt zu verteidigen und auszubauen. Doch das reichte den Chauvinisten nicht, die auf ein Narrativ der nationalen Opferbereitschaft und der nationalen Erlösung beharrten.

Besonders erstaunlich war Michael Goves Behauptung, die Briten würden ihre Freiheit, über die Bedeutung der Geschichte der Vergangenheit überhaupt offen diskutieren zu können, dem Sieg von 1918 verdanken. Eine Behauptung, die vielleicht für den Sieg über den Nationalsozialismus im Jahr 1945 zuträfe, wurde kurzerhand auf den völlig anderen Kontext von 1914 bis 1918 zurückdatiert.

Das war ein klassisches Beispiel für rückwärts gelesene Geschichte, das Jahr 1914 durch die Linse von 2014 betrachtet.

Es ging also darum, den Ersten Weltkrieg nicht als europäische Krise, nicht als europäisches Erlebnis, geschweige denn als gemeinsam erlebtes europäisches Schicksal, sondern als Sternstunde britischer Tugend und britischen Heldentums dastehen zu lassen. Man fiel auf die Perspektiven der Kriegszeit selbst zurück.

Eine komplexe europäische Vergangenheit wurde als Nährstoff für eine nationale Erzählung verarbeitet. Sehr interessant ist auch der Kontrast mit derselben Debatte in Deutschland. Denn in Deutschland waren und sind die politischen Polaritäten der Diskussion genau umgekehrt.

Allem Anschein nach war hier in Deutschland jeder - jedenfalls im Jubiläumsjahr - der den durch Fritz Fischer etablierten Konsens bezüglich der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zu gefährden drohte, anfällig für den Verdacht, dass er oder sie ein rechter Revisionist sei.

Also die Leute, die sozusagen die Alleinschuld relativieren wollten, waren in Deutschland scheinbar oder angeblich die Rechten und in Großbritannien die Linken.

Eine symmetrische Umkehrung der Pole, aber mit demselben, und das ist wichtig, mit demselben Effekt. Der Nationalstaat wird aus dem europäischen Nexus herausgetrennt und isoliert betrachtet.

Das politische Potenzial dieser rhetorischen Vorstöße von Gove und Johnson und ihre latente politische Logik, wurden erst einige Jahre später sichtbar, als beide zu den zwei wichtigsten Anführern der Pro-Brexit-Bewegung wurden. Und wir wissen alle, dass das auch erfolgreich war.

Und je näher der Brexit heranrückte - das sind traumatische Erinnerungen übrigens für diejenigen, die da auf der Insel waren damals - je näher der Brexit heranrückte, desto mehr zog er die historische Erinnerung in seinen Bann.

Ich erinnere mich noch sehr gut an einen Kommentar von Kwasi Kwarteng, ein promovierter Cambridge-Historiker, der später für eine sehr kurze Zeit an der Seite von Liz Truss als der katastrophalste Finanzminister überhaupt in die britische Geschichte einging. Er wurde kurz vor dem Brexit-Referendum von der BBC für „The Today Programme“ gefragt, ob es vielleicht nicht besser wäre, in einer zunehmend gefährlichen Welt bei seinen Freunden zu bleiben, also solidarisch zu sein mit den Europäern. Wie würde es Großbritannien ansonsten allein ergehen?

Kwasi Kwarteng, der promovierte Trinity College Mann, verneinte das und gab als Beispiel für Englands Fähigkeit, in der Welt alleine voranzukommen, Großbritanniens Sieg über Napoleon an. Er sagte, damals hat Großbritannien allein über Napoleon gesiegt und wir werden auch in Zukunft unsere Herausforderungen allein meistern können. Damals hätten wir ganz allein, so sagte es Kwarteng, den großen Tyrann in Schach gehalten. Genauso haben es die damaligen Zeitgenossen Napoleons gesehen und so hat Kwasi Kwarteng das im Rückblick gesehen.

Die Wahrheit natürlich ist, dass Großbritannien Napoleon weder allein bekämpfte, noch besiegte. Die sieben großen Kriege, die damals um die Zukunft Europas gefochten wurden, hießen nicht umsonst Koalitionskriege.

Und nicht einmal die Schlacht bei Waterloo wurde von den Briten allein gewonnen. Ich denke hier nicht nur an die Husaren von Ziethen, die Wellington womöglich die Haut gerettet haben, sondern auch an die Deutschen der „King's German Legion“. Viele Deutsche haben mit den Briten als Teil der britischen Armee gekämpft. Die Briten, die anglophonen Briten waren eine kleine Minderheit in dieser Streitkraft. Also ein Alleingang der Briten war das auf jeden Fall nicht.

Um auf 1914 zurückzukommen: Im Sommer 2008, nach einem kurzen Krieg zwischen Russland und Georgien um Süd-Ossetien, ein Krieg, der gewissermaßen die heutige Epoche ein bisschen eingeleitet hat, behauptete der damalige russische Botschafter bei der NATO, Dmitri Rogosin, er erkenne in dem Drama um Süd-Ossetien Parallelen zur Julikrise von 1914.

Er verglich sogar den georgischen Präsidenten Micheil Saakashvili - den er als Aggressor ansah, denn die Russen betrachten immer den anderen als den Aggressor - mit Gavrilo Princip, dem jungen bosnischen Serben, der den Thronfolger Österreichs und seine Frau am 28. Juni 1914 ermordete. Nach diesen Morden mischte sich Russland in den Konflikt zwischen Serbien und Österreich-Ungarn ein und aus einem regionalen Konflikt wurde ein kontinentaler Krieg.

Was also, fragt Rogosin, wenn es Georgien gelingen würde, auf ähnliche Weise die Unterstützung der NATO zu erhalten, könnte dann das Gleiche noch einmal passieren? Aus diesen dunklen Vorzeichen ist natürlich nie Wirklichkeit geworden. Die NATO war schlauer, als sich von Präsident Saakashvili einspannen zu lassen.

Nach einer moderaten Machtdemonstration der USA im Schwarzen Meer ebte die Krise dann schnell ab. Georgien wurde nicht das Serbien des frühen 21. Jahrhunderts, die NATO nicht das zaristische Russland und Präsident Saakashvili wurde nicht zum neuen Gavrilo Princip.

Rogosin hatte mit Hilfe eines schrägen Vergleichs versucht, einen historischen Bezug zur Gegenwart herzustellen. Sein historischer Vergleich war im Grunde genommen nichts mehr als eine Warnung an den Westen, sich aus dem Konflikt herauszuhalten. Die Warnung war jedoch historisch unpräzise und analytisch leer.

Allerdings blieben die Russen als Besetzer in Süd-Ossetien und schufen dort, genau wie in Abchasien, Transnistrien, der Krim und jetzt natürlich im Donbass, eine neue bewaffnete Front.

In den letzten Jahren haben die schwelende Krise und dann der Krieg in der Ukraine die Erinnerung an 1914 immer wieder wachgerufen. Insbesondere haben viele Politiker gewarnt, wir, die Staaten des Westens, seien dabei, in einen Weltkrieg hineinzuschlafwandeln.

Ich will mich jetzt nicht mit der Frage beschäftigen, ob das auf einer legitimen Interpretation meines Buches „Die Schlafwandler“ basiert. Wichtiger ist die Frage, wie wir überhaupt in solchen Situationen mit historischen Vergleichen arbeiten sollten.

Eins ist klar, wir sollen uns als denkende, orientierungssuchende Menschen nicht von den einseitigen Manipulationen der Mächtigen abbringen lassen, selbst über mögliche Analogien nachzudenken. Das Problem ist die Manipulation, nicht die Analogien an sich. Denn wir können nicht gänzlich auf historische Vergleiche verzichten.

Das Licht der Erfahrung, schrieb Samuel Taylor Coleridge, ist eine Laterne, die am Heck unseres Bootes aufgehängt ist: Sie beleuchtet nur die Wellen hinter uns.

Wir wissen als Individuen, dass uns in der Zukunft unvorhersehbare Ereignisse bevorstehen, die uns vor neue, noch nicht erlebte Herausforderungen stellen werden, möchten aber bei deren Bewältigung trotzdem nicht auf das individuelle Gedächtnis verzichten.

Also weder für Individuen noch für Staaten ist es empfehlenswert, dass man die Vergangenheit vergisst. Man hat schließlich nichts anderes. Man ist blind der Zukunft gegenüber. Wir haben nur die Vergangenheit.

Dazu hätte ich ein paar ganz bescheidene Vorschläge und hiermit schließe ich.

Der erste wäre von isomorphischen, also 1 zu 1 Vergleichen nach dem Muster Putin gleicht Hitler oder 2022 gleicht 1914 oder die EU gleicht Hitlers „Eurosuperstaat“ (Boris Johnson).

Diese Gleichsetzungen sind leicht verständlich und sprechen unsere Emotionen an, führen aber immer in eine Sackgasse, weil die Ähnlichkeiten immer nur bedingt und partiell sind.

Die heutige Krise ähnelt nicht der vom Sommer 1914. Es gibt heute keine binäre kontinentale Bündnisstruktur der Großmächte. Auch wenn einige Staaten sich weigern, offen gegen Putin Stellung zu beziehen, ist Russland heute als Aggressor absolut klar erkennbar und geopolitisch verhältnismäßig isoliert, trotz seines Verhältnisses zu China, das natürlich nach wie vor ein komplexes, vielschichtiges und ambivalentes Verhältnis ist. Die ganze Balkanproblematik der Julikrise findet hier kein Echo.

Wichtig ist der Vergleich mit 1914 vor allem als Druckmittel gegen Deutschland, weil damit das Trauma der vermeintlichen Kriegsschuld mit hineinspielen soll. Und das kann auf die Entscheidungsträger lähmend wirken, indem es sie veranlasst, die Gefahren des außenpolitischen Aktivismus zu überschätzen und die Gefahren der Passivität zu unterschätzen.

Wir sollten uns also nicht von bestimmten historischen Episoden in den Bann ziehen lassen. Stattdessen sollten wir eklektisch und zieloffen mit der Vergangenheit umgehen.

Wo wir Resonanzen aufdecken oder erkennen, sollten wir sie untersuchen und hinterfragen, ohne gleichzeitig davon auszugehen, dass die Zwangslagen, in denen sie historisch eingebettet sind, sich unbedingt in der Gegenwart wiederholen werden.

Gerade Letzteres ist wichtig, denn wenn Putin von Banderovzy spricht oder sich mit Peter dem Großen vergleicht, wirbt er um Verständnis für die angebliche Notwendigkeit, die angebliche Alternativlosigkeit seines Handelns.

Damit geht mein zweites bescheidenes Plädoyer einher, nämlich, dass wir unsere Aufmerksamkeit nicht zu ausschließlich auf das 20. Jahrhundert fokussieren sollten.

Die Politiker angeln vor allem im 20. Jahrhundert, weil dort die großen Emotionen zu holen sind. Und weil die starke moralische Polarisierung es ermöglicht, das Böse schlechthin beim Gegner zu suchen oder wie im deutschen Sonderfall bei sich selbst.

Auch mit dieser Moralkeule arbeitet Putin, wenn er von Banderovzy und Nazis spricht. Aber es könnte sein, dass die Relevanz des 20. Jahrhunderts überhaupt derzeit nachlässt? Als ich Putins Erklärungen zur angeblichen Nicht-Existenz der Ukraine als Staat und als Nation gelesen habe, fühlte ich mich stark an das St. Petersburger Manifest erinnert, ein Dokument, das heute in vollkommene Vergessenheit geraten ist.

Das war die Erklärung, in der Zar Nikolaus am 31. Juli 1848 seine Absicht kundgab, in die Walachei einzumarschieren, um die Revolution niederzuschlagen. Dort war im Monat zuvor eine Revolution ausgebrochen, in der der Zar und seine Berater eine Bedrohung für die innere Stabilität des russischen Reiches zu erkennen meinten.

Und das Manifest vom 31. Juli bestand auf den Unterschied, und das ist der wichtige Punkt, zwischen großen Staaten, mit denen Russland gelegentlich auf Augenhöhe verhandeln oder Verträge vereinbaren möge, und bloßen Landstrichen. Das Manifest fängt sehr gut den Blick Russlands auf die Ukraine ein, vor allem diese Einmischung auf die inneren Prozesse der Ukraine seit vielen Jahren.

Diese Nicht-Ganz-Staaten würden ihre Existenz allein den internationalen Verträgen verdanken, durch welche sie ins Leben gerufen worden seien. Und auch wenn die walachischen Insurgenten behaupten würden, sie erhöhen sich im Namen einer rumänischen Nationalität, sei das eine Lüge, so Nikolaus I., denn das Rumänentum sei eine vorgetäuschte Nationalität, etwas Erfundenes.

Wenn dieses rumänische Experiment gedeihen sollte, warnte der Zar, würden sämtliche Völker des Osmanischen Reichs diesem Beispiel bald folgen. Es ging nicht nur um eine Annexion, es ging um die Vernichtung eines Experiments.

Die Parallelen zu heute sind also auffallend, denn auch Putin hat die Existenz der Ukraine als Staat und als Nation wiederholt geleugnet. Manchmal sagte er, man sehe sie als Brüder, aber er meint damit, wir sehen sie nicht als Fremde, wir sehen sie nicht als eigene Nation und wir können sie als solche nicht anerkennen. Er scheint die Ukraine also als bloßen Landstrich zu betrachten.

Für die Ukrainer ist das natürlich nichts Neues. 1848, als ukrainische Patrioten im östlichen Teil der Provinz Galizien eine beschränkte Autonomie innerhalb des Habsburger Reiches forderten, wurden sie von den Polen damals, nicht von den Russen, mit dem Argument abgewiesen, die Ukrainer seien eigentlich Polen. Sie seien „etwas dumme“ Polen, die nicht wüssten, dass sie Polen wären. Ihre Nationalität sei erst neulich erfunden worden.

Überhaupt fällt es heute auf, dass Russland nicht mehr der revolutionäre Rivale des 20. Jahrhunderts ist, getragen von einer Geschichtsphilosophie, die für Teile des linken Spektrums im Westen immer attraktiv blieb, sondern zurückgekehrt ist zu seiner altherkömmlichen Rolle als gesellschaftspolitisch reaktionärer Gegenpol zum liberal-demokratischen Westen. Also das heißt, für uns ist das ein furchterregendes Bild, aber es ist eine Rückkehr zum Normalzustand des 19. Jahrhunderts, als Russland genau diese Rolle gespielt hat.

Und ich komme jetzt zum Schluss.

Es spricht vieles für die Ansicht, dass wir vielleicht versuchen sollten, unsere Obsession mit dem 20. Jahrhundert ein bisschen herunterzufahren.

Das würde bedeuten, anzuerkennen, dass das 20. Jahrhundert, in Europa jedenfalls, in gewisser Weise ein zutiefst anormales Jahrhundert war, sowohl in seiner äußerst brutalen ersten Hälfte als auch in der sehr friedlichen zweiten Hälfte.

Wenn wir es einmal schaffen, an dem Alp des 20. Jahrhunderts vorbeizuschauen, werden wir die vergessene Welt des 19. Jahrhunderts wiedererkennen: Turbulent, wechselhaft, chaotisch, aber seltsam vertraut.

Danke.